

BRANDENBURG.BESSER.MACHEN.

**Regierungsprogramm der CDU Brandenburg
für die 6. Wahlperiode des Landtages 2014 – 2019
Beschluss des 29. Landesparteitages der CDU Brandenburg am
21. Juni 2014 in Potsdam**

Flughafen BER

Nach den chaotischen und beschämenden Entwicklungen beim Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg braucht es dringend Wahrheit, Klarheit und Transparenz. Nur unter diesen Voraussetzungen sind wir bereit, zusätzliches Steuergeld für den Flughafen freizugeben. Kosten, Bauplanung und Eröffnungstermin müssen seriös bestimmt und die erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden.

Die positive Entwicklung auf dem Luftverkehrsmarkt birgt große Chancen für unsere heimische Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns für einen leistungsfähigen Flughafen Berlin-Brandenburg ein. Ein milliardenschweres, steuerfinanziertes Projekt muss in absehbarer Zeit wirtschaftlich betrieben werden und ohne staatliche Subventionen auskommen. Es muss daher alles getan werden, damit der BER schnellstmöglich in Betrieb gehen, wirtschaftlich arbeiten und die gesamte Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg von dem größten Infrastrukturprojekt in den neuen Bundesländern profitieren kann. Deshalb wollen wir mehr Kompetenz im Flughafen-Aufsichtsrat. Die Gesellschafter Berlin und Brandenburg sowie der Bund sollen zwar weiterhin Mitglieder in den BER-Aufsichtsrat entsenden, die entscheidenden Positionen sollen aber von Fachleuten mit wirtschaftlichem und technischem Sachverstand besetzt werden.

Der zugesagte und gerichtlich festgestellte Schallschutz für die Anwohner muss unverzüglich umgesetzt werden. Wir setzen uns weiterhin für eine aktive Bürgerbeteiligung ein, um die Akzeptanz des Flughafens in der Region zu stärken.

Regierungsprogramm der SPD Brandenburg für die Jahre 2014-2019

19. BER: Infrastruktur- und Wirtschaftszentrum für die Hauptstadtregion.

Der neue Hauptstadtflughafen wird Brandenburgs Tor zur Welt. Wir setzen uns für die schnellstmögliche Fertigstellung des Flughafens und der bedarfsgerechten Infrastruktur im Flughafenumfeld ein. Der Flughafen wird wirtschaftlich nur erfolgreich sein können, wenn er in der Region verankert und akzeptiert ist. Deshalb hat die schnelle Umsetzung des Schallschutzprogramms oberste Priorität, Härtefälle sollen dabei großzügig behandelt werden. Eine dritte Start- und Landebahn lehnen wir ab. Die SPD steht zur Annahme des erfolgreichen Volksbegehrens für ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr durch den Landtag. Die Schaffung von mehr Nachtruhe bleibt eine Daueraufgabe. Hier werden wir mit unseren Forderungen an die Miteigentümer des Flughafens, den Bund und das Land Berlin, nicht nachlassen. In jedem Fall ist zu gewährleisten, dass für Starts und Landungen in der Zeit zwischen 22:00 und 6:00 Uhr erheblich höhere Nutzungsentgelte erhoben werden, denn die Nutzung des Flughafens in dieser Zeit verursacht höhere Lärmschutzkosten. Es soll nicht wirtschaftlich attraktiv sein, in diesem Zeitraum zu starten oder zu landen. Die SPD wirkt darauf hin, dass das Umfeld des Flughafens BER zur Modellregion beim Thema Gesamtlärbetrachtung wird.

Soziales Brandenburg. Das ist DIE LINKE

Programm zur Landtagswahl 2014

Der Flughafen Berlin-Brandenburg International Willy Brandt in Schönefeld (**BER**) bildet ein markantes Beispiel, welches hohe Anforderungen an ein erfolgreiches Management solcher gemeinsamer Großprojekte gestellt sind. Gleichzeitig zeigt er auch, welche wirtschaftlichen Potenziale durch die Kooperation beider Länder aktiviert werden können. Es ist im Interesse aller, dass die gewaltigen öffentlichen Investitionen an diesem Standort ihren Zweck erfüllen.

Die Akzeptanz des Flughafens in der Region setzt voraus, dass effektiver Schutz vor Fluglärm gewährleistet wird. Dazu gehören die zügige Umsetzung des planfestgestellten baulichen Schallschutzes und die Ausweitung der Nachtruhe. Um die Lärmbelastung langfristig in Grenzen zu halten und Planungssicherheit für die umliegenden Gemeinden und deren Einwohner zu erhalten, lehnen wir die *massive* Ausweitung der jährlichen Flugbewegungskapazität über die im Planfeststellungsverfahren festgelegte Größe hinaus und den Bau einer weiteren Start- und Landebahn ab. Der Landtag hat sich das erfolgreiche Volksbegehren zur Ausweitung des Nachtflugverbots auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr zu eigen gemacht, im Verhältnis zu den anderen Gesellschaftern - dem Land Berlin und dem Bund - beißen wir damit aber bislang auf Granit. Das ändert jedoch nichts daran, dass das Land, auf dessen Territorium der Flughafen liegt, die Belange der Anwohner in besonderer Weise vertritt und von seinen Partnern deutliches Entgegenkommen verlangen darf.

Die Flughafenregion ist jetzt schon durch weitere Verkehrswege besonders verlärmert. Wir setzen uns für einen effektiven Schutz vor der Mehrfachlärmbelastung ein und sehen hier besonders den Bund in der Pflicht, entsprechende lärmreduzierende Maßnahmen an Schienentrassen und der Autobahn zu treffen.

Was die Inbetriebnahme des BER anbelangt, so nutzen Symbolhandlungen wie eine „Teileröffnung“ wenig und verursachen nur zusätzliche Kosten. Der Flughafen als Ganzes muss jetzt schnell ans Netz - mit effektivem Schallschutz, einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und begrenzten Kosten. Die Finanzierung darf nicht zu Lasten anderer Politikfelder in Brandenburg erfolgen.

BRANDENBURG BEWEGT UNS.
GEMEINSAM BEWEGEN WIR BRANDENBURG.
Programm zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg



Belastungen durch den BER begrenzen: striktes Nachtflugverbot

Am Flughafen BER in Schönefeld werden sich die Flugbewegungen bis zum Jahr 2030 mit geschätzten rund 360.000 Flugbewegungen etwa versechsfachen. Das Land Brandenburg steht als Miteigentümer der Flughafengesellschaft in der Verantwortung, einen wirksamen Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner zu bewirken. Wir Grüne wollen dieser Verantwortung nachkommen und fordern entsprechend dem von uns unterstützten und erfolgreichen Volksbegehren ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Das Konzept für den Schallschutz wollen wir durchsetzen. Die Zahlung pauschaler Entschädigungen statt konkreter Schutzmaßnahmen lehnen wir ebenso ab wie den Bau einer dritten Start- und Landebahn und hiermit verbundene Umsiedlungspläne.



BER aufgeben! Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für folgende Punkte ein:

1. Der BER wird als Zentralfughafen am bisherigen Standort Schönefeld Süd aufgegeben. Er ist ein planerisches Desaster und finanziell ein Faß ohne Boden. Am derzeitigen Standort ist eine nachhaltige Perspektive nicht gegeben.
2. Ein Betrieb als Flughafen soll erfolgen, bis an einem geeigneten Standort ein Zentralflughafen eröffnet wird. Ein weiterer Ausbau wird abgelehnt. Für das Gelände des BER ist mit Bürgerbeteiligung ein nachhaltiges Konzept zur Weiternutzung zu erstellen.
3. Es muss mit maßgeblicher Beteiligung der Brandenburger Bürger ein neues, transparentes und ergebnisoffenes Standortsuchverfahren für einen Zentralflughafen durchgeführt werden.
4. Die Piratenpartei Brandenburg fordert einen echten Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des BER-Desasters, nach Berliner Vorbild – transparent und bürgernah.
5. Die Piratenpartei Brandenburg fordert eine schlüssige Veröffentlichung aller durch den Flughafenbau und die Verschiebung der Öffnung verursachten öffentlichen Verpflichtungen einschließlich der Schadenersatzaufwendungen sowie eine Aufgliederung, zu wessen Lasten und in welchem Zeitraum die Verpflichtungen abzulösen sind und welche zusätzlichen Belastungen der Steuerzahler Berlins, Brandenburgs und des Bundes bzw. der Flugpassagiere damit verbunden sind.
Lärmschutz für den BER

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen von einer unabhängigen, paritätisch besetzten Instanz festgelegt werden. Dieses Gremium weist die Flughafengesellschaft an, auf ihre Kosten die Maßnahmen umzusetzen und kontrolliert deren Umsetzung.

Die Schallschutzmaßnahmen sind zügig und in vollem -vom Planfeststellungsbeschluss geforderten- Umfang durchzuführen.

Hierbei sind öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen besonders zu berücksichtigen.

Der Flughafen darf erst eröffnet werden, wenn alle diese Maßnahmen nachweislich umgesetzt oder verbindlich geplant sind. Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) ist von der Landesregierung zu beauftragen, umgehend belastbares Zahlenmaterial zum Immissionsschutz zu erarbeiten bzw. dieses freizugeben. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Klarstellungsantrag der Flughafengesellschaft, der auf eine Änderung des Planfeststellungsverfahrens abzielt, vom 19.04.2012 zurückzuweisen.

Keine weitere Landebahn für den BER

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich gegen einen Ausbau des Flughafens BER um eine weitere Start- und Landebahn aus. Sie fordert die Beibehaltung des BER als "Regionalflughafen" gemäß Planfeststellungsbeschluss.

Nachtflugverbot für den BER

Die Piratenpartei Brandenburg fordert aufgrund der erheblichen, gesundheitsgefährdenden Lärmbelastung ein striktes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 für den BER (einzige Ausnahmen bilden Rettungsflüge). Sie fordert die Landesregierung auf, umgehend ein entsprechendes Nachtflugverbot zu verfügen.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Flugverkehr

Die Wählerversammlung **Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegung / Freie Wähler** als Verbund von Bürgern, einer Vielzahl von parteiunabhängigen Gruppen und Bürgerinitiativen sieht sich als der natürliche Vertreter der Interessen der Menschen vor Ort in den unterschiedlichen Regionen unseres Landes und damit die Vertretung der Bürgerinitiativen im Land Brandenburg.

Es liegt in unserem Grundverständnis verankert, dass wir uns die Beweggründe, Sorgen, Forderungen, Hoffnungen und Ziele der „Bürgerinitiativen rund um den BER“ zu eigen machen. Wir teilen ihre Sorgen und Forderungen.

Die Bürgerinitiativen von Wilhelmshorst über Blankenfelde-Mahlow bis Neuenhagen und die dort aktiven Bürger sind nicht nur gut informiert und organisiert, sondern sie haben mit ihrer sach- und fachorientierten Arbeit in den letzten Jahren bewiesen, dass sie die Probleme rund um den BER besser kennen, erkennen, analysieren und Schlussfolgerungen ziehen können als Landesregierung jährlichen Subventionsbedarf im 3-stelligen Millionenbereich haben wird. Dies würde eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte über Jahrzehnte bedeuten.

Weitere Schwierigkeiten drohen aus absehbaren Kapazitätsengpässen nach einer etwaigen Eröffnung des BER sehr schnell, die eine **3. Start- und Landebahn** südlich der neuen Südbahn erforderlich machen. Diese würde BER-Umlandgemeinden und weitere Stadtteile von Berlin weiter verlärmern, was den gesellschaftlichen Frieden am Boden extrem gefährden könnte.

Die Baukostenexplosion zusammen mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die über Jahrzehnte Defizite in dreistelliger Millionenhöhe ausweisen, sowie die schon zur Eröffnung absehbaren Kapazitätsengpässe legitimieren die seit langem aufgeworfene Frage, ob Schönefeld auf Dauer der richtige Standort für einen gemeinsamen Flughafen der Hauptstadtregion ist.

Deshalb fordert BVB / FREIE WÄHLER einen Volksentscheid über einen neuen und geeigneten Standort. Grundlage dieser Abstimmung müssen im Vorfeld als geeignet ermittelte potentielle Standorte sein. Hierfür muss es jedoch selbstverständlich sein, dass die Befürworter eines neuen, für Mensch und Natur verträglichen Standortes das gleiche finanzielle Budget wie die Landesregierung erhalten, um im Rahmen einer landesweiten Kampagne über ihre Argumente informieren zu können.

Sollte der Volksentscheid stattfinden und im Sinne derjenigen ausgehen, die den Standort Schönefeld aus gesundheitlichen Gründen für unverantwortbar halten, und perspektivisch auch auf Seiten der übrigen Mitgesellschafter Berlin und Bund zu einer Aufgabe des BER in Schönefeld führen, hat während dieser Übergangsphase **der Lärm- und Gesundheitsschutz der Bürger durch passiven Schallschutz und Flugbeschränkungen für BVB / FREIE WÄHLER oberste Priorität.**

Ein Flughafen kann nicht ohne die vollständige Umsetzung dieses Schutzes oder aber einen finanziellen Ausgleich wie bspw. eine „Lärmrente“ eröffnen. Gesundheit ist für uns nicht verhandelbar! Zur Bereitstellung wahrscheinlich schnell erforderlicher weiterer Kapazitäten

könnten Nacht- und Frachtflüge und ggf. auch „Billigflüge“ von anderen vorhandenen Flughäfen in der Region erfolgen, die über eine schnelle Anbindung an den Standort Schönefeld und Berlin angeschlossen werden sollten. Dies muss durch das Land unter fairer Kostenteilung mit Berlin gemeinwirtschaftlich bereitgestellt werden. **Eine weitere Start- und Landebahn am Standort Schönefeld lehnen wir grundsätzlich ab und unterstützen deshalb alle Maßnahmen, dies gesetzlich abzusichern.**

Wir treten darüber hinaus für die **Verlagerung von Kurzstreckenflugverkehr auf den klimafreundlicheren Verkehrsträger Schiene** ein, weil nicht stattfindende Flüge keinen Lärm und sonstige Umweltbelastungen nach sich ziehen. Generell setzen wir uns dafür ein, dass jeder Verkehrsträger die externen Kosten auch tragen muss.



K. Aderlass durch BER-Abenteuer beenden

Die Region Brandenburg-Berlin braucht einen leistungs- und entwicklungsfähigen Flughafen, der der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Hauptstadtregion gerecht wird. Bei der Realisierung derartiger Großprojekte ist jedoch dem Schutz der betroffenen Bürger umfassende Rechnung zu tragen. Die ständige Ausweitung des BER-Projekts mit all ihren Verzögerungen, Finanzrisiken und Desinformationen hat die Transparenz und Steuerbarkeit des Projektes zerstört und die berechtigten Interessen vieler Menschen im dicht besiedelten Umfeld des Flughafens zunehmend missachtet.

Die explodierenden Investitionskosten sowie die wachsenden Folgekosten überfordern absehbar die finanzielle Leistungsfähigkeit Brandenburgs. Der von den drei öffentlichen Gesellschaftern Bund, Berlin und Brandenburg ursprünglich formulierte Anspruch, der Flughafen BER sei schnell und günstig durch die öffentlichen Gesellschafter zu realisieren, kann nur noch als teuerste Posse der jüngeren Geschichte unseres Landes bezeichnet werden.

Bei ursprünglich angesetzten Kosten von unter zwei Milliarden Euro wird nun mit Gesamtkosten von sieben Milliarden Euro gerechnet, ohne dass dies als sichere Obergrenze gelten kann.

Die gegenwärtige monatliche Subvention des Projektes mit 34 Mio. Euro und die erwarteten 20 Mio. Euro Subvention für den laufenden Betrieb sind für Brandenburg finanziell nicht tragbar. Sie verstoßen auch gegen Subventions- und Beihilfebestimmungen der Europäischen Union und stellen damit die rechtliche Zulässigkeit des Betriebs des BER grundsätzlich in Frage.

Die AfD Brandenburg fordert daher, mit dem Panneflughafen wie folgt weiter zu verfahren:

- Die Projektgesellschaft hat umgehend alle offenen Handwerkerrechnungen in Höhe von 400 Mio. Euro zu bezahlen. Dabei ist durch einen unparteiischen Ombudsmann sicher zu stel-

len, dass die beteiligten Unternehmen nicht durch vermeidbare Zahlungsverzögerungen in die Insolvenz getrieben werden.

- Die Flughafengesellschaft hat spätestens zwei Monate vor der Landtagswahl im September einen umfassenden und transparenten Gesamtkosten- und Zeitplan vorzulegen, damit die Bürger sich vor der Wahl ein Urteil darüber bilden können, inwieweit der BER überhaupt noch realisiert werden kann. Diese Pläne sind durch eine unabhängige Beratungsgesellschaft zu überprüfen.
- Der BER sollte als Übergangsflygflughafen in Betrieb gehen. Es ist sicherzustellen, dass für alle unmittelbar Betroffenen – auch für die abknickenden Flugrouten der Tag- und Nacht-schutzgebiete – strenger Schallschutz gewährleistet ist.
- Eine dritte und vierte Startbahn sind angesichts der Besiedlungsdichte in der Region nicht zu genehmigen. Das Wohl und die körperliche Unversehrtheit der vom Fluglärm betroffenen Bürger hat Vorrang vor den Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Flughafenbetreiber.
- Da schon heute fest steht, dass der neue BER nicht über hinreichend Kapazitäten verfügen wird, sind Planungen über die bekannten Alternativen – Sperenberg und Jüterbog Ost – zu starten.
- Sollten sich private Investoren und Betreiber für einen Großflughafen in Sperenberg oder Jüterbog Ost finden, die bereit wären, auch die Kosten für eine Abwicklung und Umnutzung des BER zu übernehmen, sollte zügig eine entsprechende Ausschreibung vorbereitet werden.

